Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1178.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf.,
für Inserate von auswärts 30 Pf.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif.
Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen. Besondere Aufträge können nicht zurückgezogen werden.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg. Lützowstraße 10 (Tel. VI, 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 52. Donnerstag 21. Februar 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Reichstag wählte gestern zum Präsidenten den konservativen Abg. Grafen Stolberg, zum ersten Vizepräsidenten den nationalliberalen Abg. Dr. Paasche und zum zweiten Vizepräsidenten den freisinnigen Abg. Kämpf. (S. d. bes. Art. u. Parlamentsber. 2. Beil.)

* Der Reichstag setzt seine Beratungen erst am Montag fort und zwar mit der ersten Lesung des Etats.

* Die zweite hessische Kammer wird am 27. Februar zusammentreten.

* Ein Kongreß der deutschen Friedensgesellschaft findet am 3. März in Eisenach statt.

* Der Rat der Stadt Leipzig hat beschlossen, gegen die ablehnende Entscheidung des Ministeriums in der Einverleibungsfrage vorstellig zu werden und eventuell die Angelegenheit an den Landtag zu bringen. (S. Stadtverordnetenbericht.)

* Die Leipziger Stadtverordneten nahmen in ihrer gestrigen Sitzung die Ratsvorlage wegen Uebernahme der Straßenreinigung durch die Stadtgemeinde an. (S. Sitzungsbericht.)

* Am gestrigen Tage feierte der Norddeutsche Lloyd sein 50jähriges Bestehen. (S. letzte Tel.)

* Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die durch das Erdbeben auf Jamaika geschädigten Personen deutschen Namens sind der Uhrmacher Förster, Juwelier Milke, Kaufmann Wessels in Fa. Wessels Brod. und von Gontard, sowie der umgekommene Händler Steinke.

* Aus verschiedenen Teilen Deutschlands werden Sturm und Schneetreiben gemeldet. Auf der Nordsee und dem atlantischen Meer wütet ein heftiger Orkan. Der französische Kreuzer „Jeanne d'Arc" soll an der afrikanischen Küste gesunken sein. (S. Neues a. a. W.)

* Während in Rußland der Siegeslauf der Demokraten bei den Dumawahlen fortdauert, hat in Warschau wie in ganz Polen die nationale Partei gesiegt. (S. Ausl.)

* Die norwegische Regierung führt eine neue, von der dänischen verschiedenen Orthographie ein. (S. Ausl.)

Die Präsidentenwahl.

* Berlin, 20. Februar. (Tel.)

Die ältesten Parlamentarier sind sprachlos vor Ueberraschung. Von 397 Reichstagswahlkreisen waren am Dienstag im Reichstage 383 vertreten. Berücksichtigt man noch, daß einige Abgeordnete doppelt gewählt worden sind, so steigt der Anwesenheitsprozentsatz ins Fabelhafte. Ja, die Diäten! Der Sitzungssaal war zu Zeiten so voll, daß der Verkehr sehr erschwert war. Man sieht jetzt deutlich, daß auch die räumlichen Verhältnisse ursprünglich gar nicht auf einen vollbesetzten Reichstag eingerichtet worden sind.

Ein Glück war es, daß die „neuen Männer", in der leichten Befangenheit des für sie historischen Moments, seßhafter zu sein pflegen als die Habitués. Sonst wäre das Gewimmel leicht zum Gewühl geworden. Auch so war es nicht leicht, sich zu orientieren. Die Polen sind auf die Oppositionsseite des Zentrums verwiesen worden und sitzen nun in nächster Nähe der Nationalliberalen, mit ihnen sogar in einem Segment. Die Sozialdemokraten füllen längst ihre Abteilung nicht mehr und haben dem Freisinn schwerzerfüllt beinahe die Hälfte ihrer Plätze räumen müssen. Es ist Tradition im Hause, daß die neuen Mitglieder der Fraktionen zunächst die hinteren Reihen besetzen und sich die vorderen Plätze erst ersitzen müssen. Infolgedessen saßen auch unsere bürgerlichen Sachsen nicht vorn, was sie hoffentlich nicht hindern wird, sich recht bemerklich zu machen. Sie wurden sämtlich sehr freundlich begrüßt. Die Spitze der nationalliberalen Fraktion bilden Bassermann und Baron v. Heyl, eine besonders in sozialpolitischer Beziehung pikante Fügung. In den Reihen der Freisinnigen wurden mit besonderer Aufmerksamkeit die Herren Naumann, der Doppelmandatar Eickhoff, der Präsidentschaftskandidat Stadtälteste Kämpf, der Pößneck-Verteidiger Ablaß betracht, während im Zentrum, die Herren Erzberger, Röhren, Spahn, Hertling und Müller-Fulda besondere Aufmerksamkeit genossen. Auf der rechten Seite des Hauses wurden die Herren Graf Stolberg, der Erbprinz zu Hohenlohe-Langenburg und General von Liebert viel beachtet.

Die Präsidentenwahl selbst ergab keinerlei Ueberraschung, da die Abgeordneten sich mit wenigen Ausnahmen an die fraktionellen Abmachungen hielten. Graf Stolberg wurde mit 214 Stimmen erster, Paasche mit 209 Stimmen zweiter, Kämpf mit 215 Stimmen dritter Präsident. Daß auch unter den Abgeordneten unverbesserliche Witzbolde sind, und infolgedessen Schrader und Singer, Bebel und Graf Bothmer, Trimborn und Korfanty je eine Stimme oder gar ihrer zwei erhielten, kann nicht überraschen. Sunt pueri pueri . . .

Graf Stolberg nahm sein Avancement in guter Vorbereitung an und verlas mit lauter Stimme seinen Dank für die Wahl. Er pries die Qualitäten seines Vorgängers, der gräflichen Exzellenz Ballestrem, und versprach ein unparteiliches Regiment und strammte Vertretung der Würde des Hauses. Es wird gut sein, wenn er sich dieses Versprechens auch bei Gelegenheiten, wie Hausschuhungen 2c. erinnert. An seinem guten Willen zweifelt im übrigen kein Mensch. Doch wird er in technischer Beziehung sich wohl noch entwickeln müssen, wenn er den Platz so ausfüllen will, wie seine Vorgänger. Im übrigen liegt die Bedeutung der Wahl in der Konstatierung, daß die nationale Majorität heute über annähernd 220 Stimmen verfügt.

Preussische Sünden.

Fürst Bülow hat einmal (lang, lang ists her, und der Fürst war noch ein Graf) das sagenhaft anmutende Wort von dem homogenen Ministerium gesprochen. Das sollte so etwas wie ein gouvernementales Programm sein. Also schon bedenklich. Und richtig ist Herr v. Studt noch heute preußischer Kultusminister. Uebrigens mit Recht. Denn die spezifisch preußische Regierungskultur kann gar nicht besser repräsentiert werden als durch Herrn v. Studt, dem wegen der taktischen Verdienste Althoffs um die Schulvorlage in den preußischen Adelsstand Erhobenen. Das Wirken dieses Mannes zu verfolgen ist peinlich, aber unabweisbare Pflicht. Denn nur dann gelangt man zum richtigen Verständnis der politischen Möglichkeiten in einem Staat, wenn man auch seine kulturellen Kräfte und Tendenzen zu schätzen weiß. Insbesondere ist die zurzeit viel erörterte und auch wirklich wichtige Frage: Weshalb mußte der Kampf gegen das Zentrum mißlingen? zutreffend nur zu beantworten, wenn man die geistige Verfassung der attackierenden Staatsgewalt kennen gelernt hat. Hier sieht man auch deutlich die intimen Zusammenhänge von preußischer Staats- und deutscher Reichspolitik, womit auch die einfache Erklärung für die Aufmerksamkeit gegeben ist, die man in der nichtpreußischen Welt Herrn v. Studt widmet.

Gleich bei zwei Gelegenheiten konnte der preußische Minister des Geistes in diesen Tagen offenbaren, wes Geistes Kind er ist. Für Eingeweihte bot die dabei konstatierte geistige Verwandtschaft des Ministers mit dem seligen Raumer freilich keine Ueberraschung. Aber die Tatsache an sich ist doch immer bestaunenswert. Dazu kommt, daß der Minister in seinen sonstigen Qualitäten auch keine Erklärung dafür bieten kann, weshalb aus den vielen Berufenen gerade er auserwählt worden ist, es sich auf dem preußischen Kultusministersessel bequem zu machen. Es müßte denn sein, daß man ihn in dem korrekten Preußen genommen, weil er so gar nichts Bestechendes an sich hat. Item — Herr v. Studt vertritt nach Kräften die preußische Kultur. Und wenn er ihr nicht anders mehr beikommen kann, so setzt er die Bremse an. Im preußischen Abgeordnetenhause, dem wohltemperierten, will es schon etwas heißen, wenn ein Minister sich so heftigen und prinzipiellen Angriffen ausgesetzt sieht, wie das Herr v. Studt wegen seines Bremserlasses passierte. Die Nationalliberalen interpellierten ihn und der Abg. Schiffer, nebenbei bemerkt kein Linker, hielt eine ausgezeichnete Rede, die dem Lehrerstande gerecht wurde und von der Regierung weniger Empfindlichkeit und mehr Empfindung für die wahren Bedürfnisse des Volkes verlangte. Und was hatte Herr v. Studt dagegen abzulesen? O, mehreres. Der Erlaß solle der Erzielung einer größeren Gleichmäßigkeit in der Lehrerbesoldung dienen und der Landflucht der Lehrer wehren. Und der langen Lektüre kurzer Sinn: Weil die preußischen Landlehrer jämmerlich bezahlt werden, soll es ihren Kollegen in den Städten nicht zu gut gehen. Dafür können sich nun die armen Schulmeister auf dem Lande was kaufen. Aber die sachliche Unzulänglichkeit der v. Studtschen Erwiderung ist nicht einmal das Charakteristische an den parlamentarischen Ereignis. Das Blamabelste ist die völlige Hilflosigkeit, in der Herr v. Studt sich mit Hohn und Spott überschütten ließ. Man sollte meinen, auch die dickste Epidermis müsse noch einiges Gefühl vermitteln können. Herr v. Studt liefert den Beweis für das Gegenteil. Man lese folgenden Ausschnitt aus der v. Studtschen Erklärung und beachte die Zwischenrufe:

> Der Abg. Schiffer hat dann noch über den Lehrermangel gesprochen. Ich behalte mir vor, später darauf zurückzukommen. (Sehr links: Aber erst aufschreiben lassen! Große Heiterkeit.) Jedenfalls verwahre ich mich dagegen, daß ich für den Lehrermangel verantwortlich gemacht werde. Die Verhaltungsmaßregel, die der Abg. Schiffer mir zu machen sich gemüßigt gefühlt hat, lehne ich entschieden ab. (Beifall rechts.) Aus den anonymen Schimpfereien in der Presse muß ich entnehmen, daß sie von gebildeten Leuten ausgehen, und ich muß meinem Bedauern Ausdruck geben, daß so etwas in unserem Vaterlande vorkommt. Das ist charakteristisch für die ganze Bewegung. Und eines hat der Abg. Schiffer verschwiegen. Die Art und Weise, wie ich in öffentlichen Versammlungen angegriffen bin, und zwar in Versammlungen, die von seiner Partei einberufen sind. Da hat man gesagt: Der Kultusminister muß den Erlaß zurückziehen oder vom Amte zurücktreten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Man hat weiter gesagt: wir haben das Vertrauen verloren. (Erneutes Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich will aber hierüber hinwegsehen in der Hoffnung, daß der weitere Verlauf der mir am Herzen liegenden Lehrerbesoldungsfrage mein Vorgehen rechtfertigen wird. (Beifall rechts. Zischen bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Ist das nicht köstlich? Herr v. Studt hat das Vertrauen verloren, will aber darüber hinwegsehen. Mit ähnlicher Respektlosigkeit ist seit undenklichen Zeiten kein preußischer Minister im preußischen Parlament behandelt worden. Wobei zu bedenken, daß die ganze Linke geschlossen in der Opposition gegen Herrn v. Studt steht. Und das sollte hier gezeigt werden: Nach diesem Vorgang ist zu bezweifeln, daß ein preußischer Minister sich überhaupt noch unmöglich machen kann. Der preußischen Regierung wohnt eine Wurstigkeit (es gibt kein anderes Wort dafür) inne, so lange es sich „nur" um die öffentliche Meinung handelt, daß die Bezeichnung absolutistisch dafür noch sehr milde ist. Vielleicht ist seine Unzulänglichkeit sogar des Ministers Glück. Denn ohne sie nicht die Angriffe. Und ohne diese könnte nicht bestimmt werden: Nun gerade nicht. Und was soll man zu dem „Beifall rechts" sagen? Echt konservativ.

Ein anderes Bild aus demselben Hause. Die Nationalliberalen machen sich zu Sprechern des so ziemlich vom ganzen Parlament geteilten Wunsches, bei der ungewöhnlich günstigen Finanzlage Preußens und den teuren Zeiten möchte eine Regelung der Bezüge der Staatsangestellten vorgenommen und zur Beratung der Materie eine besondere Kommission eingesetzt werden. Der Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben antwortet mit gewohnter Eloquenz. Aber was!

> „Wollen wir jetzt wiederum zu einer generellen Aufbesserung schreiten und rechnet man die unvermeidlichen Kosten für die Lehreraufbesserung dazu, so sind mindestens 100 Millionen Mark notwendig. Das würde eine Erhöhung der Einkommensteuer um 50 Prozent bedeuten. (Hört! Hört! und Unruhe.) Abgesehen von diesen finanziellen Bedenken habe ich noch ein wichtigeres. Meiner Ansicht nach muß die Regierung entschiedenen Wert darauf legen, daß sie bei der Frage einer Aufbesserung der eigenen Beamten ihrerseits die Initiative ergreift. (Beifall rechts.) Wir dürfen nicht zugeben, daß die Fürsorge für unsere Staatsbeamten in der öffentlichen Meinung als Akt des Parlaments und nicht als Akt der Regierung hingestellt wird." (Beifall rechts.)

Das Steuergespenst zu bannen, ist keine Hexerei: Denn der Finanzminister konnte die 50 Prozent nur herausrechnen, wenn er alle Anforderungen der preußischen Eisenbahnbetriebsverwaltungen, also Bahnhofsbauten und Materialanschaffungen, aus den laufenden Mitteln bestreiten will. Aber dann achte man auf die zarte Berücksichtigung der öffentlichen Meinung. Die Beamtenfürsorge darf nicht als Akt des Parlaments erscheinen. Natürlich Beifall der ihrer eigenen Abgeordnetenwürde pflegenden Konservativen, und der Antrag wird abgelehnt. Bedarf es noch eines Beweises, daß der preußische Parlamentarismus auf der Höhe der Zeit und absolut nicht reformbedürftig ist?

Um mit einem dritten Beispiel zu dienen: Der Staat ist Besitzer des im Liede von der Holzauktion unsterblich gewordenen Grunewalds, den die Berliner nötig haben wie das tägliche Brot. Deshalb läßt die preußische Forstverwaltung immer einen Streifen des Waldes nach dem andern parzellieren und zu Geld machen, angeblich um damit Landeskulturzwecken in anderen, östlichen Gebieten der Monarchie, zu erfüllen. Freilich wurde sogar von konservativer Seite aus eingeworfen, dafür werde das Parlament immer Gelder bereitstellen. Aber das verschlug nichts. Wenn die Berliner den Wald haben wollen, so sollen sie ihn kaufen, die Wasserköpfe. Er soll rund eine Milliarde kosten. Mehr nicht. Im übrigen soll der fiskalische Wald gar nicht ganz abgeholzt werden, sondern nur zum Teil. Na also. Daß im übrigen die Stadt Berlin auf eine Kanfrage wegen des Grunewaldes vom Landwirtschaftsministerium, das damals noch Herr von Podbielski verwaltete, ohne Antwort geblieben ist, paßt sehr hübsch in den Rahmen dieser Staatsfürsorge für die Städter. Eine Frage: Was geht überhaupt dem Fortifikatus die Gesundheit der Stadt Berlin an?

Die Moral aus den Geschichten zu ziehen, ist nur sehr robusten Naturen zu empfehlen. Auch in anderer Beziehung ist das Unterfangen nicht ungefährlich.

Die Kirchenfeinde.

Die Trennung von Kirche und Staat ist eine alte Forderung des Liberalismus. Aber auch die ultramontane Partei steht dem Gedanken nicht nur nicht grundsätzlich feindlich entgegen, sondern zieht die restlose Scheidung der beiden großen Organisationen auf alle Fälle staatlichen Einmischungen in die kirchliche Sphäre vor, die bei einer Verbindung nicht zu vermeiden sind. Hat doch selbst das katholische Oesterreich nicht immer in Rom eine gute Zensur erhalten: von den Zeiten Karls V. an, der mit dem Statthalter Christi so unsanft umsprang und in seinem Nam die meist ketzerischen Landsknechte mit einer Barbarei hausen ließ, daß es die Vandalenhorden König Geiserichs beleidigen hieße, wollte man sie mit den Kindern des 16. Jahrhunderts vergleichen — bis zu unseren Tagen, wo Wien die Wahl Rampollas durch sein Veto zu verhindern sich erkühnt hat.

Mit der amerikanischen freien Kirche im freien Staat findet sich Rom mehr als gut ab. Aber Verlust der Kirchengüter und staatliche Einmischung: was zu viel ist, ist zu viel. Zwar hat man auf die lächerliche polizeiliche Anmeldung der Messen und Predigten jetzt verzichtet, indem man gleichzeitig diesen Popf des Polizeistaates allgemein abgeschnitten hat. Aber statt wenigstens die „Gotteshäuser" ohne Marken und Heilchen um kleinliche Gesetzesformalitäten Gott zu lassen, dessen Namen sie verkünden, wenn nun einmal die Priesterwohnungen, die frommen Stiftungen usw. vom nimmersatten Fiskus verschlungen werden sollten auf Grund recht bedenklicher Rechtskonstruktionen, soll unbedingt vor jeder Kirche, vor jeder Kapelle der Hexlerbut aufgepflanzt und der politischen Gemeindeheit Reverenz erwiesen werden.

Damit sind aber die Herren Radikalen noch nicht zufrieden. Schon war von Anträgen die Rede, daß die Nutznießung der Gotteshäuser durch die Kirche nicht eher von den Gemeinden zugestanden werden soll, als bis das Bedürfnis nach Schulgebäuden befriedigt ist. Am liebsten würden sie an einem Tage sämtliche Kirchen Frankreichs schließen und den christlichen, wenigstens den katholischen Kultus untersagen, wie Kaiser Diocletian durch das Edikt von Nikomedia. Sie selber haben mit aller Religion gebrochen, glauben das wenigstens. Da aber das menschliche Gemüt nun einmal mit einer unzerstörbaren Anlage zur Religion von der Natur begabt ist, so schafft es sich flugs eine neue Religion, wenn es die alte verliert, und erhebt die absolute Staatssouveränität, den Leviathan Hobbes, zum Range eines Dogmas und bildet sich eine neue Kirche, deren Heilige Comte, Marx e tutti quanti werden. Sie spielen die Freidenker und entpuppen sich als die ärgsten Freiheitsfeinde, wie Briand vorgestern so richtig bemerkt hat. Sie brutalisieren die Ketzer am Staatsdogma, wie der spanische Philipp die Zweifler an der orthodoxen Kirchenlehre.

Zum Aeußersten, zur diokletianischen Verfolgung des Christentums, haben es jene herrlichen Freidenker Frankreichs noch nicht gebracht. Aber rechtlich hat man das Kircheneigentum, auch das an den Gotteshäusern, sequestriert und ist nur geneigt, einen Hirtbesitz der Kirche zuzugestehen. Nein, nicht der Kirche! Von der Existenz einer Kirche will man überhaupt nichts mehr wissen. Während unsere deutsche Gesetzgebung endlich das Koalitionsrecht politischer und sozialer Vereine legitimiert hat, wird die kirchliche Hierarchie in Frankreich offiziell als nicht existierend behandelt und soll durch die Gesetzgebung in die Atome örtlicher Gemeinden aufgelöst werden. Der Papst wird in Ministerreden als ein zufällig in Rom lebender angesehener Privatmann, mit Namen Sarto, bezeichnet, die Kardinäle heißen Monsieur oder Citoyen Richard usw. Alle Kindereien der Danton-Zeit sind wieder aufgelebt.

Dabei möchte man aber doch gern den bürgerlichen Frieden erhalten. Und auch die Kirche wünscht ihn, weil sie einem Kriege mit Frankreich sich nicht gewachsen dünkt, vielleicht mit Recht. Es ist unglaublich, was Rom in Frankreich über sich ergehen läßt. Gegen die rauchenden Trümmer der preußischen Maigesetzgebung wird noch immer in jeder Etatsdebatte Sturm gelaufen. Mit der französischen Konfiskation des Kircheneigentums ist man bereit, sich abzufinden, wenn der Staat nur eine Notbrücke bereitstellt!

Das ist jetzt geschehen. Der Staat oder vielmehr der Minister Briand ist mit dem Kardinal Richard in Verhandlungen eingetreten. Zwar nicht direkt, sondern durch Vermittlung des Seine-Präfekten. Man sucht nach einer Formel für einen modus vivendi. Gefunden hat man sie noch nicht. Selbst das Nutznießungsrecht an den gottesdienstlichen Gebäuden ist zunächst bloß auf 18 Jahre zugestanden, und immer bleiben auch während dieser Zeit bei jedem Pfarrerwechsel die Katholiken der Willkür aller Dorftyrannen preisgegeben. Es ist kaum zu glauben, daß die Kirche einer solchen prekären Stellung sich unterwerfen wird.

Auch das durchzudrücken, hat schwere Kämpfe gekostet im Ministerrat und in der Kammer. Clemenceau und Briand betraten den Sitzungssaal Arm in Arm. Aber jedermann weiß, daß der Riß zwischen den Kollegen nur notdürftig überkleistert ist. Und in der Kammer lauert der alte Combes auf den Nibelungenhort und erwartet sehnsüchtig, daß Siegfried und Hagner beide sich umbringen.

Deutsches Reich.

Leipzig, 21. Februar.

* **Die deutsche Thronrede und das Ausland.** Bei der Besprechung der deutschen Thronrede sagt das „Wiener Fremdenblatt": Diejenigen fremden Beurteiler, die sich beeilt haben, den Ausfall der Wahlen tendenziös als einen Sieg des Chauvinismus hinzustellen, werden gestehen müssen, daß die Thronrede zwar ein vollkräftiger Ausdruck des Nationalgefühls, aber vor allem eine Verkündigung der Einigkeit von Kaiser und Nation und ein Aufruf zur Arbeit für das Wohl aller ist. Das „Neue Wiener Tagblatt" führt aus: Aus der Thronrede tönt als Leitmotiv die Genugtuung über den Sieg der nationalen Forderungen und damit zugleich über die sozialdemokratischen Gegner. Die „Oesterreichische Volkszeitung" schließt ihre Ausführungen wie folgt: In der fast eidlichen Erklärung des deutschen Kaisers, daß an die verfassungsmäßigen Rechte nicht gerührt werde, in der feierlichen Verkündigung, daß die soziale Fürsorge-Gesetzgebung keinen Stillstand erfahren solle und in der ruhigen Versicherung, daß der Friede auch weiter den Fleiß des deutschen Volkes schützen werde, liegt der Kern und die Bedeutung der Thronrede; sie kann in die Worte zusammengefaßt werden: Freiheit, Friede, Wohlfahrt. Das „Vaterland" sagt: der räsonierende Teil der Thronrede sei mehr retrospektiver Natur, er vermeide Prophezeiungen und Versprechungen für die Zukunft. Das „Extrablatt" weist besonders auf die scharfe polemische Spitze gegen die Sozialdemokratie hin. Das „Deutsche Volksblatt" bemerkt, die Thronrede stelle sich als ein außerordentlich geschickt abgefaßtes Dokument dar, das das deutsche Volk mit lebhafter Freude begrüßen könne.

* **Der Verband Sächsischer Industrieller und die Schiffahrtsabgaben.** Zu dem Bericht über die in Mannheim veranstaltete Versammlung, betr. Protesterhebung gegen die Einführung von Abgaben auf schiffbaren Flüssen, wird uns mitgeteilt, daß der Verband Sächsischer Industrieller, welcher zu dieser Versammlung in Mannheim eingeladen war, zwar infolge der Vorberatung zu seiner Generalversammlung nicht an der Versammlung teilnehmen konnte, jedoch der präsidierenden Kammer Mannheim ein Schreiben überreichte, in welchem er seine vollste Sympathie für die in der Kundgebung zum Ausdruck gebrachten Bestrebungen zur Aufrechterhaltung der Abgabenfreiheit deutscher Ströme aussprach.

* **Der Ausbau des Minenwesens.** Als durch den russisch-japanischen Krieg die gewaltige Bedeutung der Minen für den Hafen- und Küstenkrieg den Völkern eindringlich vor Augen geführt worden war, zog die deutsche Marineverwaltung unverzüglich die notwendigen Konsequenzen, indem sie die Schaffung einer Reihe Einrichtungen beschloß, um unsere Marine nach Möglichkeit vor solchen Vorgängen, wie sie Rußland und Japan gleichermaßen getroffen haben, zu bewahren. In den letzten beiden Jahren ist in dieser Beziehung schon vieles geschehen. Die Bildung einer Minenkompagnie, die Formierung einer Minensuchdivision, der Bau von Minendampfern und Minenlegern ist schon ausgeführt worden. Als Zentralpunkt für das Minenwesen wurde Cuxhaven ausersehen, das nach seiner Lage und Bedeutung auch der geeignetste Punkt für den Minenbetrieb ist. Die inzwischen gewonnenen Erfahrungen haben die Notwendigkeit der Bildung eines Spezialkorps für Minenwesen voll bestätigt. Um nun die neuerwachsenen bedeutungsvollen Aufgaben auch im ganzen Umfange erfüllen zu können, ist eine Personalvermehrung vorgesehen. Die Minenkompagnie soll in diesem Jahre auf den doppelten Bestand gebracht und in eine Minenabteilung umgewandelt werden. Weiter ist die Erweiterung des Minendepots in Cuxhaven, die Verstärkung der Unterwasserverteidigung der Elbe, die Aenderung der veralteten Torpedos der Küstenverteidigung und die Beschaffung von Schutzsperren vorgesehen. Diese kurzen Angaben zeigen deutlich, daß das Minenwesen allmählich zu einem bedeutungsvollen Faktor in der maritimen Kriegführung heranwächst und daß die früher oft gehörte Behauptung, Minen seien nur eine sehr untergeordnete Verteidigungswaffe, keine Geltung hat. Es handelt sich keines-